

justament

Die Karriere-Zeitschrift für Juristen

Frauen in
juristen Berufen

Juristen
in Brüssel



Referendar auf diplomatischer Mission

Verwaltungsstation in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel

■ Bahram Ardehali

In der Zeit vom Oktober 2011 bis Februar 2012 hatte ich das Glück, meine Verwaltungsstation bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel verbringen zu können. Neben der Erfahrung, die eine Verwaltungsstation beim Auswärtigen Amt ohnehin bietet - erlebt man doch Außenpolitik und Diplomatie hautnah - ist das Besondere an einer Station bei einer Ständigen Vertretung (StäV), dass die Diplomatie auf multilateraler Ebene stattfindet. Dies hebt die Station bei einer StäV - z. B. bei der EU oder UN - von Stationen bei einer Botschaft oder einem Konsulat deutlich ab. Man wird Zeuge von Verhandlungen mehrerer Staaten und erlebt diese bei Ihrer Interessenwahrnehmung in den jeweiligen Gremien.

In der StäV war ich wunschgemäß der Politischen Abteilung, Bereich Außen- und Sicherheitspolitik - Beziehung zu Nah- und Mittelost-Staaten zugeteilt. Meine Ausbilder waren Fachreferenten für die Regionen Maghreb/Mashrek sowie Mittel Ost/Golfstaaten, zu welchen es jeweils eine Ratsarbeitsgruppe gab.

Die Ratsarbeitsgruppen leisten die inhaltliche Arbeit im Rat der EU. Die Entscheidungen und Beschlüsse des Rats werden zuvor auf Fachebene vorbereitet. Die höchste Ebene ist der Ausschuss der Ständigen Vertreter, welcher sich aus den Leitern der StäVs zusammensetzt und die Sitzungen und Beschlüsse des Rats vorbereitet. Im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, tritt das Politische und Sicherheitspolitische Komitee hinzu, welches aus den Leitern der politischen Abteilungen der StäVs besteht. Dessen Aufgabe ist die Verfolgung der internationalen Lage und die Überwachung der internen inhaltlichen Arbeit. Die Ratsarbeitsgruppen sind die unterste Ebene,



Der Autor in Aktion

welche aus den Fachreferenten StäVs bestehen.

Als Referendar begleitet man seine Ausbilder zu den Ratsarbeitsgruppensitzungen und übernimmt einzelne Tagesordnungspunkte bei der anschließenden Berichterstattung nach Berlin. Die Situation in den Ratsarbeitsgruppen erinnerte an die Sitzungsververtretung bei der Staatsanwaltschaft, welche viele Referendare aus Ihrer Staatsanwaltschaft kennen. Die Vertreter bekommen ihre Weisungen aus den Hauptstädten, in welchen ihr Handlungsrahmen vorgegeben wird. Sofern im Rahmen einer erteilten Weisung in einer Sitzung kein Konsens erzielt werden kann, muss kurzfristig die jeweilige Hauptstadt konsultiert werden.

Morgens kommen die Weisungen aus Berlin, in welchen zum jeweiligen Tagesordnungspunkt der Ratsarbeitsgruppe die Position mitgeteilt wird und ein kurzes Update zum Sachstand erfolgt. Im Anschluss an die Sitzungen werden Diskussionsverlauf sowie die Positionen der anderen Mitgliedsstaaten und das Ergebnis der Sitzung in einem Drahtbericht zusammengefasst und an die Hauptstadt verschickt.

Bei dem auf Wikileaks veröffentlichten U.S. Cables handelte es sich um eben solche Drahtberichte, welche von den U.S.-Auslandsvertretungen versendet worden waren.

Inhaltlich standen während meiner Zeit viele interessante Themen auf der Tagesordnung. Der „arabische Frühling“ und dessen Folgen fielen mit meiner Station zusammen und dominierten die Tagesordnungen. Die Entwicklungen in Ägypten, Tunesien, Libyen, Syrien und zum Nahost-Friedensprozess, aber auch die Sanktionen gegen den Iran und Syrien waren hauptsächlich Gegenstand unserer Arbeit. Die Verhandlungsführung von 27 Mitgliedsstaaten zu wichtigen Themen globalen Ausmaßes mitzerleben kann schon sehr prägend sein, gehört doch Verhandlungsgeschick mit zu den elementarsten Skills eines angehenden Rechtsanwalts.

Ein weiteres spannendes Thema waren die Entlistungsanträge, über welche abzustimmen war. Der Rat wird in Zeiten zunehmender Sanktionen als Mittel der Außenpolitik überhäuft mit Entlistungsanträgen von im Rahmen der „smartsanctions“ gelisteten Personen. Seit dem Kadi-Urteil unterliegen derlei Sanktionen gegen Personen der vollen Nachprüfbarkeit durch den EuGH.

Vor Klageerhebung beim EuGH wird ein Entlistungsantrag gestellt, worüber in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe abgestimmt wird. Ausschlaggebend ist die Nachweisbarkeit der Gründe, die zur Listung geführt haben. Bis zum Kadi-Urteil handelte es sich dabei um einen juristischen Graubereich, da gelisteten Personen kein Rechtsschutz gegen derlei Akte zustand.

Zu den formellen Tagesordnungspunkten kamen informelle Meetings, bei welchen die Ratsarbeitsgruppe von verschiedenen Personen, über aktuelle Ereignisse und Themen informiert wurde.

Im Ganzen war die Zeit bei der StäV aufgrund der tiefen Einblicke in die Weltpolitik eine ganz besondere Erfahrung. Hinzu kommt der besondere Brüsseler Spirit. Das EU-Viertel mit all seinen Institutionen ist eine eigene Subkultur inmitten von Brüssel, wo der Geist eines gemeinsamen Europas lebt und was sich in einem Miteinander von Menschen aus allen Mitgliedsstaaten kennzeichnet. Ein Erlebnis, welches man nicht missen sollte.

Anzeige

**RECHTSWIRT (FSH), BETRIEBSWIRT (FSH)
ASSESSOR-REFERENT JUR. (FSH)**

**Staatlich zugelassene Fernstudiengänge
4 – 7 Semester**

FSH, Feldmannstr. 26, 66119 Saarbrücken, T. 06 81/3905263, Fax. 3904620, www.e-FSH.de